

Im Gespraech mit Milan Dukic

"Politik machen im Brennpunkt der Probleme"

Im Rahmen des Alpe-Adria-Treffens in Gorski Kotar hatten die TeilnehmerInnen die Gelegenheit, sich mit Milan Dukic zu unterhalten. Milan Dukic ist Praesident der Serbischen Volkspartei SNS in Kroatien und als solcher einer der Vizepraesidenten des kroatischen Parlaments. Obwohl oft als HDZ-Ableger und Tudjman-Kind bezeichnet, ist seine Sicht der Dinge differenzierter - wenn auch oft nicht gerade greifbar.

Roland Brunner, Zagreb

Milan Dukic entschied sich gegen den Radikalismus und gegen das Schweigen. "Ich wollte im Brennpunkt der Probleme Politik machen", erklart er. Sein Credo: "Nur die Einhaltung der Menschenrechte und Buergerfreiheiten schafft die Grundlage fuer ein friedliches Zusammenleben."

"Mit Serbien nichts zu tun"

Kroatien, das sich als politisches Subjekt zur Einhaltung der internationalen Bestimmungen und Gesetze verpflichtet habe, sehe sich mit zwei Problemen konfrontiert: der Besetzung eines Drittels seines Territoriums und der staendigen Nichteinhaltung der Menschenrechte. Dukic betont dabei, die SerbInnen in Kroatien haetten sich freiwillig dafuer entschieden, hier zu bleiben. Ihr politischer Status haenge nicht von Belgrad, sondern von Zagreb ab. Ihre Vorfahren seien vor Jahrhunderten hierhergekommen und mit Serbien haetten sie ausser ihrer ethnischen Abstammung nichts mehr gemein. Es sei daher auch falsch, wenn die internationale Politik die Frage der Serben in Kroatien und die Frage der serbisch besetzten Gebiete der Kraijna in einen Topf werfen.

Dieser Fehler habe die kroatische Regierung auch dazu gebracht, die Einhaltung der verfassungsmaessig garantierten Menschen-, Buerger- und Minderheitenrechte von einer Beendigung des Krieges und der Rueckgabe der besetzten Gebiete abhaengig zu machen. Dukic betont, eine Loesung des Problems sei nur umgekehrt moeglich: Nur wenn die SerbInnen in Kroatien sicher seien, alle Verfassungsrechte vollumfaenglich geniessen zu koennen. Nur wenn rueckkehrwillige SerbInnen - etwa 150000 haben nach seiner Schaetzung das Land Richtung Westen verlassen - sicher seien, dass ihr Leben und ihr Besitz gesichert seien, werde sich das Verhaeltnis zwischen SerbInnen und KroatInnen entspannen. Vertrauensbildende Massnahmen erforderten aber Zeit, Geduld und Vernunft. Sie seien nur moeglich, wenn die Sorge um Menschen im Vordergrund stuende und nicht das Streben nach Territorium.

"Wo sollten wir sonst hin?"

Dukic bezeichnet das Referendum in der serbisch kontrollierten Kraijna als illegal, verweist aber darauf, dass die Menschen, die dort leben, seit Jahrhunderten dort sind und sich daraus auch ein Recht ableiten lasse. Auch fuer die etwa 260ae000 SerbInnen in Kroatien sei dieses ihre Heimat: "Wir leben hier. Wo sollten wir sonst hin? Alle, die frei entscheiden konnten, sind hier im freien Teil Kroatiens geblieben. Zusammenleben muss moeglich sein und ist auch moeglich. Die Region Gorski Kotar beweist das."

In der Kraijna gebe es heute keine Verfassung und kein Recht. Die Kraijna sei eine gesetzessfreie Zone. Man duerfe in Kroatien die

Einhaltung der Buergerrechte nicht von deren Einhaltung in der Kraijna abhaengig machen. Im freien Teil Kroatiens sei es moeglich, die entsprechenden Verfassungsbestimmungen durchzusetzen. Fuer die Kraijna fehlten solche Moeglichkeiten. Viele familiere Banden bestuenden jedoch zwischen den SerbInnen im freien Kroatien und denen in der Kraijna: "Jede Familie hat Verwandte im anderen Teil Kroatiens."

Einhaltung der Menschenrechte gegen Misstrauen

Heute gebe es viel Misstrauen der SerbInnen gegenueber der kroatischen Regierung. Dieses werde von aussen (von Serbien) geschuert, entspringe aber auch den Fehlern der kroatischen Regierung: SerbInnen werden aus ihren Wohnungen vertrieben, verlieren ihren Arbeitsplatz, erhalten keine kroatische Staatsbuergerschaft, obwohl sie oft seit Geburt in Kroatien leben. Insgesamt seien ausserhalb des Krieges rund 7000 Wohnungen und Geschaeft von SerbInnen im Wert von 350 Millionen DM zerstort worden. Als vertrauensbildende Massnahme fordert Dukic die Einhaltung der Verfassungsrecht und die Anerkennung der SerbInnen als legitimer Bestandteil des kroatischen Staates. Dazu muessten alle Optionen diskutiert werden koennen. Die angebotene Kulturautonomie fuer SerbInnen reiche nicht aus. Weitergehende regionale Selbstbestimmungsrechte sollten gewaehrt werden mit dem Ziel, die SerbInnen mit allen wirtschaftlichen, kulturellen, sozialen und politischen Rechten ins politische System Kroatiens einzubinden.

Dukic wirft der kroatischen Regierung vor, in der Wahrnehmung der Interessen von KroatInnen in Bosnien-Herzegowina zu weit gegangen zu sein und damit Milosevic Recht gegeben zu haben in dessen Anspruch, Vertreter der serbischen Interessen in Kroatien zu sein. Er verurteilt das Vorgehen Kroatiens bei der Maslatica-Bruecke und beim Flughafen von Zadar: "Der Anspruch auf beide Gebiete ist legitim, aber das Vorgehen war verkehrt." Statt sich diese Gebiete gewaltsam zurueckzuholen und 300 Menschenleben zu verlieren, haette Kroatien mit der UNPROFOR den Wiederaufbau der Bruecke aushandeln muessen.

Auf die Frage, ob er sich vorstellen koenne, dass internationaler Druck und vielleicht sogar Sanktionen gegen Kroatien, der Einhaltung der Menschenrechte Nachdruck verschaffen koennte, meint Dukic: "Die internationale Position Kroatiens ist nicht zu beneiden. Schon heute bestehen gegen Kroatien politische Sanktionen. Ich bin aber gegen wirtschaftliche Sanktionen. Kroatien muss aus seinen Fehlern lernen und selbstaendig einen anderen Weg finden. Ich vertraue auf diesen Lernprozess und glaube nicht, dass internationale Sanktionen dazu helfen."

Vgl. auch die Schrift "By legal and democratic Measures towards durable Peace", von Milan Dukic und Veselin Pejnovic (Vizepraesident der SNS), herausgegeben von der Serbischen Volkspartei, Zagreb, 6.-10. Oktober 1992. Kontaktadresse: Srpska Narodna Stranka, Mazuranicev trg broj 3, 41 000 Zagreb. Tel. 0038/41/45 10 90.